

Niederschrift

über die Sitzung des Hauptausschusses am 31.1.2011

Sitzungsort: A 013

Beginn der Sitzung um 18.00 Uhr.

Ende der Sitzung um 18.45 Uhr.

Vorsitz führte: Bürgermeister Kreuzberg

Mitglieder

- Dahmen
- Gerharz
- Hosmann
- Klug
- Küster
- Meeth
- Poschmann (1. stellv. Vors.)

- Berg
- Jung, Heinz
- Dr. Petran

- vom Hagen
- Mäsgen

- Pitz

- Schmitz, H.

- Riedel

Verwaltung

- Kreuzberg
- Brandt
- Freytag
- Schiffer
- J.v. Bothmer
-
-
-
-
-
-

Bürgermeister
Erster Beigeordneter
Stadtkämmerer
Beigeordneter
GLB

Schriftführerin

M. Müller

Gäste

-
-
-
-
-
-
-
-

Stellvertretende Mitglieder

- | | | |
|-------|---|-----|
| CDU | <input type="checkbox"/> Vetterling | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Boley | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Stilz | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Dahm | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Ehrenstein | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Fischer | CDU |
| CDU | <input type="checkbox"/> Dr. Frantzioch-Immenkeppel | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Hans | CDU |
| SPD | <input checked="" type="checkbox"/> Hepp | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Kirf | CDU |
| SPD | <input type="checkbox"/> Köllejan | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Pohl | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Pütz | CDU |
| Grüne | <input type="checkbox"/> Rau | CDU |
| | <input type="checkbox"/> Simons | CDU |
| FDP | <input type="checkbox"/> Grafe | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Weesbach | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Blanke | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Jung, E. | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Klein | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Richter | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Vilkmann | SPD |
| | <input type="checkbox"/> Weitz | SPD |

- | | | |
|--|--|-------|
| | <input type="checkbox"/> Bortlitz-Dickhoff | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Konertz | Grüne |
| | <input checked="" type="checkbox"/> Niclasen | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Dr. Tieke | Grüne |
| | <input type="checkbox"/> Weber | Grüne |

- | | | |
|--|---|-----|
| | <input type="checkbox"/> Brämer | FDP |
| | <input type="checkbox"/> Müller-Neimann | FDP |
| | <input type="checkbox"/> Wehr | FDP |

- | | | |
|--|----------------------------------|--------|
| | <input type="checkbox"/> Baule | fw/bVb |
| | <input type="checkbox"/> Bohlken | fw/bVb |
| | <input type="checkbox"/> Mainzer | fw/bVb |

- | | | |
|--|--------------------------------|-------|
| | <input type="checkbox"/> Sauer | LINKE |
|--|--------------------------------|-------|

| | |
|--|-------------|
| A) Öffentlicher Teil | 4 |
| 1. Niederschrift vom 22.11.2010 | 4 |
| 2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24 Gemeindeordnung NW | 4 4 |
| 2.1 Eingangstür zum Rathaus am Franziskanerhof Bezug: Schreiben Theodor Zimmermann vom 23.12.2010 Vorlage-Nr. 40/02 q + r | 4 4 4 |
| 2.2 Verkehrsverhältnisse an der Tal- und Schulstraße Bezug: Schreiben Bürgerinitiative „Lebenswerte Talstraße“ vom 18.11.2010 Vorlage-Nr. 243/88 ad | 4 4 4 |
| 3. Reisekostenansprüche der aus der Mitte des Integrationsausschusses (IntA) gewählten Delegierten zu den Veranstaltungen der LAGA NRW Vorlage-Nr. 33/10 c | 5 5 5 |
| 4. Medienankauf für die Stadtbücherei u.a. hier: Finanzierung in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung Vorlage-Nr. 3/11 | 5 5 5 |
| 5. Beteiligungsbericht 2009 Vorlage-Nr. 115/95 d | 5 5 |
| 6. Anfragen | 6 |
| 6.1 Steinweg | 6 |
| 6.2 Vorschriften zur Bauausführung | 7 |
| 6.3 Dichtigkeitsprüfung von Hausanschlüssen | 7 |
| 6.4 Schülerticket | 7 |
| 6.5 Verlegung K 7 | 8 |
| 6.6 Parkplätze Tiergartenstraße | 8 |
| 6.7 Soziale Stadt Brühl-Vochem | 8 |
| 6.8 Müllablagerungen Immendorfer Straße | 8 |
| 6.9 Europaweite Ausschreibung der Gebäudereinigung | 8 |
| 6.10 Soziale Stadt Brühl-Vochem | 8 |
| 6.11 Franziskanerhof | 9 |

| | |
|--|----|
| B) Nichtöffentlicher Teil | 11 |
| 7. Einstellungen, Beförderungen, Höhergruppierungen und Personalbewegungen Vorlage-Nr. 62/95 ck | 11 |
| 8. Stundung von Kanalanschlusskosten Vorlage-Nr. 2/11 | 11 |
| 9. Gerichtliche Geltendmachung von Mängelbeseitigungskosten Vorlage-Nr. 44/00 dj | 11 |
| 10. Anfragen | 11 |
| 10.1 Bebauung Liblarer Straße | 11 |
| 10.2 Lärmbelästigungen Innenstadt | 11 |

Bürgermeister Kreuzberg eröffnet die Sitzung und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit der Versammlung fest.

Vor Eintritt in die Tagesordnung teilt er mit, dass die **fw/bVb-Fraktion** mit Datum vom 10.1.2011 zwei Anträge eingereicht habe zu den Themen „Zusammenfassung aller Rechtsämter im Kreis“ und „KDVZ: Neuaufstellung bzw. Kündigung“. Die Antragstellerin habe gebeten, die Anträge „im Vorfeld der Haushaltsberatungen“ zu behandeln. Aus diesem Grunde und weil zu den Anträgen die Erstellung ausführlicher Berichtsvorlage notwendig ist, sind die Anträge in der heutigen Tagesordnung noch nicht berücksichtigt. Sie werden in der nächsten HA-Sitzung am 21. März 2011 behandelt.

Zur Tagesordnung:

Bürgermeister Kreuzberg verweist auf die ausgelegte Tischvorlage Nr. 3/11 „Medienankauf für die Stadtbücherei u.a., hier: Finanzierung in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung“. Er bittet, die Tischvorlage als Tagesordnungspunkt 4 zu behandeln.

Der Hauptausschuss stimmt der Ergänzung der Tagesordnung zu.

- einstimmig -

A) Öffentlicher Teil

1. Niederschrift vom 22.11.2010

Bürgermeister Kreuzberg bittet einen Fehler in der Niederschrift zu korrigieren. Dort sei auf S. 6 Herr Groetzner als Geschäftsführer der Gebausie bezeichnet worden. Richtig sei die Bezeichnung Prokurist bzw. Technischer Leiter. Er bittet, dieses Versehen zu entschuldigen.

Unter Berücksichtigung dieser Anmerkung werden gegen die Fassung der Niederschrift vom 22.11.2010 werden keine Einwände erhoben.

2. Mitteilung über eingegangene Anregungen und Beschwerden gem. § 24
Gemeindeordnung NW

2.1 Eingangstür zum Rathaus am Franziskanerhof
Bezug: Schreiben Theodor Zimmermann vom 23.12.2010
Vorlage-Nr. 40/02 q + r

Der Hauptausschuss weist den Bürgerantrag von Herrn Theodor Zimmermann aufgrund der im Bericht des Bürgermeisters dargestellten Sachlage zurück.

- einstimmig -

2.2 Verkehrsverhältnisse an der Tal- und Schulstraße
Bezug: Schreiben Bürgerinitiative „Lebenswerte Talstraße“ vom 18.11.2010
Vorlage-Nr. 243/88 ad

Der Hauptausschuss nimmt zur Kenntnis, dass der Antrag an den Verkehrsausschuss weitergeleitet wurde.

3. Reisekostenansprüche der aus der Mitte des Integrationsausschusses (IntA) gewählten Delegierten zu den Veranstaltungen der LAGA NRW
Vorlage-Nr. 33/10 c

Der HA beschließt, den gewählten Delegierten des Integrationsausschusses der Stadt Brühl für die Teilnahme an den Veranstaltungen der LAGA NRW generell die Reisekosten nach dem Landesreisekostengesetz (LRKG) zu erstatten.

- einstimmig -

4. Medienankauf für die Stadtbücherei u.a.
hier: Finanzierung in der Zeit der vorläufigen Haushaltsführung
Vorlage-Nr. 3/11

Ratsfrau Niclasen (Grüne) bittet darum, heute keine Beschlussempfehlung auszusprechen sondern die Entscheidung in der Ratssitzung zu treffen, damit die Vorlage fraktionsintern noch besprochen werden könne.

Der Hauptausschuss verweist die Vorlage zur Beschlussfassung an den Rat.

- einstimmig -

5. Beteiligungsbericht 2009
Vorlage-Nr. 115/95 d

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) nimmt Bezug auf die Stadtbahngesellschaft Rhein-Sieg mbH (SRS) und die hier genannten finanzwirtschaftlichen Auswirkungen im Berichtsjahr 2009. Dort sei angegeben, dass zwecks Verlustausgleich aus 2008 ein Nachschuss in Höhe von 17.431,54 € habe getätigt werden müssen. Er fragt, ob es auch in den Folgejahren 2009 und 2010 noch finanzwirtschaftliche Auswirkungen gebe und ein Nachschuss notwendig werde.

Stadtkämmerer Freytag erläutert, dass im Vorgriff auf die anstehende Liquidation bereits 2.000,00 € bis 4.000,00 € jährlich zurückgestellt worden seien. Die Frage, welche Beträge darüber hinaus noch zum Verlustausgleich aufgewendet werden müssten, werde er in der Niederschrift beantworten.

Beantwortung in der Niederschrift:

Laut Jahresabschluss 2009 der SRS schließt das Geschäftsjahr 2009 mit einem Bilanzverlust von rd. 859.000,00 € ab. Dieser Bilanzverlust ist laut Beschluss der Gesellschafterversammlung der SRS durch Nachschüsse der Gesellschafter in Höhe von 132.355,00 €, die im Verhältnis der Geschäftsanteile zueinander aufzubringen sind, teilweise auszugleichen. Die Nachschusshöhe entspricht dabei dem Jahresfehlbetrag 2009. Der darüber hinausgehende Betrag in Höhe von 726.600,00 € wird auf neue Rechnung

vorgetragen. Im Jahr 2010 wurde daher für 2009 ein Nachschuss der Stadt Brühl in Höhe von 3,29 % von 132.355,00 €, das sind rd. 4.350,00 €, angefordert und durch den zuständigen Fachbereich angewiesen. Das Geschäftsjahr 2010 schließt laut Auskunft der SRS voraussichtlich mit einem Jahresfehlbetrag von rd. 115.000,00 € ab, so dass bei ähnlicher Beschlusslage der Gesellschafterversammlung im Jahre 2011 ein weiterer Nachschuss der Stadt Brühl in Höhe von rd. 4.000,00 € für das Jahr 2010 fällig würde. Nach Auskunft der SRS kann sich die Liquidation noch über einige Jahre bis zum Abschluss sämtlicher Zuschussmaßnahmen erstrecken. Der voraussichtliche Zeitpunkt der Löschung der Gesellschaft sei ebenso unvorhersehbar wie ein zwar möglicher aber nicht zwingend erforderlicher Ausgleich des vorgetragenen Bilanzverlustes durch die Gesellschafter. Die Stadt Brühl prüft derzeit, ob unter diesen Voraussetzungen Rückstellungen zu bilden sind.

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) stellt fest, dass die Aussage der Wirtschaftsförderungsgesellschaft, dass es angeblich keine nachteiligen finanziellen Auswirkungen gebe, nur die halbe Wahrheit seien. Richtig sei vielmehr, dass der notwendige Verlustausgleich sehr wohl über die Kreisumlage auch die einzelnen Kommunen belaste.

Ratsherr Hosmann (CDU) stellt fest, dass es einen Etat des Kreises gebe, in dem die maßgeblichen Beträge bereits berücksichtigt seien. Insofern bewege sich alles im Rahmen des Haushaltsplanes.

Stadtkämmerer Freytag macht darauf aufmerksam, dass es hier nicht um direkte Finanzbeteiligungen gehe, sondern um den Beteiligungsbericht, d.h. um die Darstellung, welche Anteile auf die Stadt Brühl als Gesellschafter einer bestimmten Gesellschaft zukommen. Eine direkte Finanzbeteiligung an der Wirtschaftsförderungsgesellschaft bestehe nicht.

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) stellt erfreut den erstaunlichen Erfolg von Radio Erft GmbH & Co KG fest, dessen Beteiligung für die Stadt Brühl zu einer enormen Gewinnausschüttung in Höhe von 5.800,00 € führe.

Der Hauptausschuss empfiehlt dem Rat, folgenden Beschluss zu fassen:

Der Rat nimmt den Bericht des Bürgermeisters zur Kenntnis.

6. Anfragen

6.1 Steinweg

Fraktionsvorsitzender Schmitz (fw/bVb) führt aus, dass die neuen Beläge im Teilbereich des Steinwegs nach den Schneefällen Anfang Januar für erheblichen Ärger bei der Bevölkerung gesorgt hätten. Gleich reihenweise seien die Passanten dort ausgerutscht. Ob es zu schwereren Verletzungen gekommen sei, könne er nicht sagen. Auch ein Leserbrief habe sich mit der Problematik befasst. Er fragt:

1. Weis die Stadt von den Unfällen?
2. Was wird unternommen, damit derartige Unfälle in Zukunft vermieden werden?
3. Sind die eingebauten Beläge auf ihren Rutschwiderstand hin überprüft?
4. Welche EU-DIN-Normen wurden hierbei angewendet?
5. Wurden die Anforderungen an die Verkehrssicherungspflicht und somit auch an die rutschhemmende Ausführung der Bodenplatten bei der Bestellung des Belages beachtet?
6. Wurde der Stand seitens des Herstellers eingehalten?
7. Verfügt die Stadt über ein Zertifikat zur Baumusterprüfung des Belages z.B. vom Materialprüfungsamt?
Falls ja, erbitte ich dieses den Mitgliedern des Hauptausschusses per E-Mail zukommen zu lassen.
8. Liegt ein Prüfergebnis nicht vor, was gedenkt die Stadt mit den übrigen, bereits bestellten und bereits verlegten Belägen zu machen?
9. Ist davon auszugehen, dass beim Fehlen einer ausreichenden Rutschfestigkeit keine weitere Nutzung im weiteren Verlauf der Arbeiten im Steinweg sichergestellt ist?

Beigeordneter Schiffer versichert, dass die verlegten Steine mit einer sehr hohen Rutschwiderstandsklasse zertifiziert seien. Dennoch werde man den Belag noch einmal gutachterlich überprüfen lassen. Weitere Steine würden erst verlegt, wenn das Ergebnis dieses Gutachtens vorliege.

Bürgermeister Kreuzberg bittet, zur Kenntnis zu nehmen, dass es in diesem Winter enorme und extreme Wetterverhältnisse gegeben habe, die im gesamten Stadtbereich und auch andernorts zu erheblich mehr Unfällen geführt hätten. Insofern müsse die höhere Unfallquote im Steinweg nicht unbedingt im Zusammenhang mit dem dort verlegten Material gesehen werden. Im Übrigen habe sich der Verkehrsausschuss intensiv mit den Belägen befasst und sich über deren Wetterfestigkeit informiert. Dennoch werde man eine erneute Prüfung vornehmen lassen und den Hauptausschuss entsprechend informieren.

6.2 Vorschriften zur Bauausführung

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet darum, einmal die Satzungen und Beschlüsse zu reflektieren, mit denen der Rat Vorgaben hinsichtlich der Bauausführung gemacht habe, z.B. über die Verwendung bestimmter Baustoffe und Elektroleitungen. S. E. müsse rückwirkend noch einmal die Sinnhaftigkeit der bestehenden Vorschriften überprüft werden. Aus diesem Grunde bittet er darum, das Verzeichnis der Vorgaben, welches die Gebausie präsent haben müsste, vorzulegen.

Bürgermeister Kreuzberg sagt weitere Veranlassung zu.

6.3 Dichtigkeitsprüfung von Hausanschlüssen

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) bittet darum, in einer Vorlage einmal darzustellen, worin die Vor- und Nachteile liegen würden, wenn man die grundsätzlich bis 2015 geltende Frist auf das Jahr 2023 verlängere.

Beigeordneter Schiffer nimmt Bezug auf die diesbezüglichen Ausführungen im Ausschuss für Tiefbau und Abwasser. Die mögliche Abweichung von der grundsätzlich bis 2015 geltenden Frist hänge mit dem Abwasserbeseitigungskonzept zusammen. Aller Voraussicht nach werde man allerdings eine Verkürzung der Frist vorschlagen, da es Sinn mache, dass die Hausbesitzer vor Ablauf der Frist ihre Anschlüsse auf Dichtigkeit hin überprüfen.

6.4 Schülerticket

Fraktionsvorsitzender Pitz (FDP) weist darauf hin, dass es bei der VRS wohl einen Beschluss zur tarifrechtlichen Neugestaltung des Schülertickets gegeben habe. Er fragt, ob sich diese Veränderung auch auf die Brühler Schüler auswirke.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

6.5 Verlegung K 7

Ratsfrau Küster (CDU) fragt nach dem Stand der Dinge.

Beigeordneter Schiffer teilt mit, dass der Eigentümer dem Flächentausch zugestimmt habe. Allerdings sei dies grundsätzlich eine Sache des Kreises, d.h., dass der Kreistag über die Finanzierung noch beschließen müsse.

6.6 Parkplätze Tiergartenstraße

Ratsfrau Küster (CDU) weist darauf hin, dass in der Tiergartenstraße für die Brühler Tafel reservierte Parkplätze angelegt seien. Die Parkplätze stünden überwiegend allerdings leer. Sie fragt, ob es nicht besser wäre, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Brühler Tafel einen Anwohnerparkausweis für die Bonnstraße zu geben, damit sie direkt vor dem Haus parken könnten. Im Übrigen gingen durch die Nichtnutzung der Parkplätze in der Tiergartenstraße wertvolle Innenstadtparkplätze verloren, zumal die reservierten Plätze nicht zeitlich begrenzt seien.

Bürgermeister Kreuzberg sagt Prüfung zu.

6.7 Soziale Stadt Brühl-Vochem

Stellvertretender Fraktionsvorsitzender Berg (SPD) fragt, ob es mittlerweile konkrete Erkenntnisse zu der Ankündigung gebe, dass die Zuschüsse für die Soziale Stadt Brühl-Vochem gekürzt würden.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass man bisher keine entsprechende Mitteilung erhalten habe.

6.8 Müllablagerungen Immendorfer Straße

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) nimmt Bezug auf ein Schreiben der Fa. DPI, dass an der Immendorfer Straße immer noch Müll gelagert werde.

Bürgermeister Kreuzberg teilt mit, dass die Angelegenheit zwischenzeitlich erledigt sei.

6.9 Europaweite Ausschreibung der Gebäudereinigung

Fraktionsvorsitzender Dr. Petran (SPD) bittet um eine Aufstellung der Kosten für eine europaweite Ausschreibung der Gebäudereinigung. Diese Kosten bitte er einmal den Einsparungen gegenüber zu stellen, die eine solche europaweite Ausschreibung erziele.

Bürgermeister Kreuzberg sagt schriftliche Beantwortung zu.

6.10 Soziale Stadt Brühl-Vochem

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach dem Sachstand zum Bildungslotsen und ob dieses Projekt auch von den angekündigten Kürzungen betroffen sei.

Bürgermeister Kreuzberg weist nochmals darauf hin, dass der Stadt Brühl von Kürzungen noch nichts bekannt sei.

Ratsfrau Niclasen (Grüne) fragt nach, warum der Bildungslotse noch nicht eingestellt sei, obwohl bereits eine Ausschreibung und auch ein Auswahlverfahren stattgefunden hätten.

Erster Beigeordneter Brandt bestätigt, dass das Auswahlverfahren abgeschlossen und nun umgesetzt werde. Der ausgewählte Bildungslotse werde in Kürze im Stadtteilbeirat vorgestellt.

6.11 Franziskanerhof

Ratsfrau Niclasen (Grüne) nimmt Bezug auf ein Schreiben des Bürgermeisters, in dem dieser darauf hinweise, dass der Franziskanerhof für die Veranstaltung von Großereignissen nicht vorgesehen sei, da kein entsprechendes Entwässerungssystem vorhanden sei. Sie fragt, ob dies richtig sei, obwohl man damals geplant habe, auf dem Franziskanerhof auch Großveranstaltungen durchzuführen oder z.B. auch einmal ein Zelt aufzustellen.

Bürgermeister Kreuzberg berichtet, dass man baulich keine Entwässerung vorgesehen habe, da der Franziskanerhof keine „Brühl-Arena“ mit Großbewirtung und entsprechender Lärmbelästigung werden sollte. Veranstaltungen in diesem Ausmaße sollten zum Schutz der Anwohnerinnen und Anwohner dort nicht stattfinden. Dennoch könne man selbstverständlich ein Zelt aufbauen, wenn für die entsprechende Entwässerung z.B. über Schläuche gesorgt sei.